

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher). Bezugspreis monatlich 2,00 Mk., vierteljährlich 6,00 Mk. frei ins Haus; durch die Post bezogen zum selben Preise (ohne Befreiung). Belegungen nehmen alle Postämter und deren Briefträger, unsere Bezugsboten, sowie die Geschäftsstelle entgegen.

Verlagspreis-Zuschlag Nr. 24

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 mm hohen einspalt. Raum 30 Pfg., für außerspalt. Wohnende 40 Pfg., Anzeigen im amtlichen Teile 60 Pfg., im Stellamenteile 100 Pfg. (inkl. Steuerzuschlag u. Umsatzsteuer.) Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigenaufträge werden tags vorher erbeten.

Verlag: Aders: Verlag Annaburg Br. 24.

Nr. 99.

Sonnabend, den 10. Dezember 1921.

25. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Getreideumlage.

Die Landwirte des Kreises mache ich darauf aufmerksam, daß das zweite Viertel der Getreideumlage mit dem 15. d. Mts. fällig wird. Nach diesem Zeitpunkt muß ich gegen säumige Lieferer gemäß den höheren Bestimmungen mit aller Strenge vorgehen. Ich hoffe, daß mich die Landwirte des Kreises dieser unangenehmen Aufgabe durch Pünktlichkeit entheben werden.

Für diejenigen Landwirte, die mit der Umlage des ersten Viertels im Rückstande waren und von denen die Erfüllung der gesamten Umlage bis 15. d. Mts. verlangt wurde, bleibt diese Verfügung bestehen.

Torgau, 5. Dezember 1921.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Dr. Drexler, Regierungsrat.

Veröffentlicht: Annaburg, den 9. Dezember 1921.

Der Gemeinde-Vorstand. Henze.

Brotpreiserhöhung.

Mit Zustimmung der Preisprüfungsstelle ist der Preis für das 1900 Gramm-Brot bis auf weiteres auf 6,60 Mark erhöht worden.

Gleichzeitig hat die Preisprüfungsstelle bestimmt, daß die im freien Verkehr abzugebenden Brote in demselben Gewicht herzustellen sind wie die der Zwangswirtschaft unterliegenden Brote.

Torgau, den 6. Dezember 1921.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Dr. Drexler, Regierungsrat.

Veröffentlicht: Annaburg, den 9. Dezember 1921.

Der Gemeinde-Vorstand. Henze.

Bekanntmachung

betr. Ausstellung neuer Steuerbücher.

Durch Erlass des Reichsministers der Finanzen ist die Ausstellung neuer Steuerbücher angeordnet und die Ausstellung den Gemeindebehörden übertragen worden.

Jeder Arbeitnehmer wird daher aufgefordert, sich von dem Magistrat - Gemeindevorstand - ein Steuerbuch ausstellen zu lassen. Die Abholung muß so rechtzeitig erfolgen, daß sich jeder Arbeitnehmer spätestens am 24. Dezember 1921 im Besitze eines solchen Steuerbuches befindet.

Sieht die Ehefrau des Arbeitnehmers, dem ein Steuerbuch ausgestellt ist, in einem Arbeitsverhältnis, so ist für ebenfalls ein Steuerbuch auszustellen, desgleichen minderjährigen und volljährigen Kindern, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, auch wenn sie zur Haushaltung eines Arbeitnehmers gehören.

Den Arbeitgebern kann auf Antrag die Aushängung der Bücher an ihre Arbeitnehmer überlassen werden. Zu diesem Zwecke haben die Arbeitgeber ihrem Antrage eine Liste ihrer Arbeitnehmer beizufügen.

Beziehen Ruhegehaltsempfänger sowie deren Hinterbliebene ihre Bezüge außerhalb des Wohnortes, so haben sie das ausgefüllte Steuerbuch unverzüglich bei der Bezüge auszahlenden Kasse zuwenden.

Schließlich werden die Arbeitnehmer noch auf folgendes hingewiesen:

a) Der Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohnes ermäßigt sich zur Abgeltung der nach § 13 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Abzüge (Werbungslohn, Kranken-, Unfall-, Invaliden-Versicherungsbeiträge, Steuerbefreiungsbeträge, Lebensversicherungsprämien usw.) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Tagen um 0,60 Mk. täglich, nach Wochen um 3,60 Mk. wöchentlich, nach Monaten um 15,00 Mk. monatlich; auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die

ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 den Betrag von 1800 Mk. um mindestens 150 Mk. übersteigen.

b) Die Ermäßigung des Steuerabzugs kann auf Antrag auch für mittellose Angehörige, die von dem Steuerpflichtigen unterhalten werden, gewährt werden.

c) Weißt der Arbeitnehmer vor Ablauf des ersten Kalendervierteljahres 1922 nach, daß die Anzahl der Personen, für die der Abzug am Arbeitslohn sich ermäßigt, um wenigstens 2 größer ist, als im Steuerbuch angegeben, so hat die Gemeindebehörde auf seinen Antrag diese Tatsache im Steuerbuch zu vermerken, in diesem Falle tritt die Ermäßigung für die neu hinzugekommenen Personen im 2. Kalendervierteljahr in Kraft.

Die Stellung der Anträge zu a und b hat spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres 1921, dagegen zu c noch vor Ablauf des ersten Kalendervierteljahres 1922 zu erfolgen.

Torgau, den 1. Dezember 1921.

Das Finanzamt.

Veröffentlicht: Annaburg, den 9. Dezember 1921.

Der Gemeinde-Vorstand. Henze.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 12. d. Mts., findet im Saale der „Neuen Welt“ hier ein

ärztl. Vortrag mit Lichtbildern über „Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ statt. Die Einwohnerschaft wird gebeten an diesem Vortrage teilzunehmen.

Annaburg, den 8. Dezember 1921.

Der Gemeinde-Vorstand. Henze.

Politische Rundschau.

Die deutsche Wirtschaftslage.

Der Reichswirtschaftsminister über die Arbeitslage in der Industrie.

In Kassel sprach der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt einen Vortrag über die Arbeitslage in der Industrie.

Der Minister sprach über die Arbeitslage in der Industrie. Er erwähnte die Schwierigkeiten der Industrie, die durch die hohen Kosten für Rohstoffe und Energie entstehen. Er betonte die Wichtigkeit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, um die Arbeitskraft zu erhalten. Er erwähnte auch die politische Situation in Deutschland und die Beziehungen zu anderen Ländern.

Note der Reparationskommission auf Einhaltung der Zahlungsstermine.

Paris, 3. Dezbr. Auf Grund des Beschlusses der Reparationskommission während ihrer Berliner Beratungen, wonach Deutschland die Zahlungsstermine einhalten muß, hat das Büro der Reparationskommission in Berlin der deutschen Regierung am gestrigen Tage eine Mitteilung bzw. Note zugestellt, in der der feinerzeitige Beschluß der Kommission nochmals in Erinnerung gebracht wird. Die Reparationskommission in Paris hat außerdem einen Spezialkurier nach Berlin entsandt um der Reichsregierung den Text dieser Note auszuhändigen.

Das Moratorium vom Londoner Kabinett abgelehnt?

London, 3. Dezbr. Wie von sehr gut unterrichteter Seite verlautet, soll das englische Kabinett den Gedanken eines Moratoriums abgelehnt haben. Die Regierung habe einen anderen gleichwertigen Vorschlag ausgearbeitet, der zur Sanierung Deutschlands wesentlich beitragen soll, jedoch werden dazu erst Informationen über die Stellungnahme Frankreichs eingeholt.

Der Gedanktag für die Gefallenen.

Berlin, 6. Dezember. Gegen die sofortige Annahme des Antrages der demokratischen Reichstagsfraktion auf Einführung eines Gedanktages für die Opfer des Weltkrieges auf den ersten Januarsonntag hat die Regierung keine Bedenken. Der nationale Trauertag würde wie der Totensonntag zu begehen sein, er erhält also Einschränkungen für Theater und Konzerte.

Die Stellungnahme der Demokraten zu den Steuerproblemen. In einer Sitzung des Parliausschusses der deutsch-demokratischen Partei wurde die Stellungnahme zu den schwebenden Steuerfragen beraten. Es wurde übereinstimmend darüber erzielt, daß die Reparationslast durch den schwindenden Wert der deutschen Mark nicht durch Steuern gedeckt werden könne; andererseits sei es eine dringende Aufgabe, die Budgets des Reiches, der Länder und Gemeinden in Ordnung zu bringen. Hierbei müsse der Beschluß bis zur Grenze des wirtschaftlich Möglichen herangezogen werden, jedoch ohne die Steuerquellen selbst zum Verschwinden zu bringen. Die schnellere Erhebung der Steuern sei unbedingt erforderlich. Die Besteuerung der Werts- und Sachwerte könnte am besten so erfolgen, daß man das Vermögen grundsätzlich nach seinem gemeinen Wert heranzieht. Nachdem der Parliausschuss die Stellungnahme der Fraktionsmitglieder in den Steueraussschüssen zu dieser Frage gebilligt hatte, wurde es als Aufgabe der Fraktion bezeichnet, eine große Mehrheit der Mitte für die Lösung der Steuerprobleme zu finden.

Spaltung in der Deutschen Volkspartei. Wie den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ von besonderer Seite geschrieben wird, bereitet sich innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei eine Spaltung vor. Gewisse Kreise innerhalb der Fraktion dieser Partei bemühen sich, der Politik Dr. Stresemanns Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Diese Kreise haben sogar den Gedanken erwogen, Dr. Stresemann zu veranlassen, den Vorsitz der Fraktion niederzulegen und sich auf den Vorsitz der Partei zu beschränken. Als sein Nachfolger soll der frühere heftige Finanzminister Dr. Veit gelten. Dr. Stresemann wird am 12. Dezember in Dresden in einer Rede sich mit der Opposition auseinandersetzen.

Die Danziger Eisenbahnen an Polen. Die Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig sind am 1. Dezember in polnische Verwaltung übergegangen. Aus diesem Anlaß verabschiedete der Danziger Senatspräsident Sahn die Beamten, Angestellten und Arbeiter in feierlicher Sitzung. Obwohl in den Vereinbarungen zwischen Danzig und Polen Klauseln eingeschlossen sind, durch die die Rechte der Danziger Bevölkerung bevorzugt werden sollen, sieht man der kommenden Entwicklung der Danziger Eisenbahnen unter polnischer Verwaltung mit großer Skepsis entgegen.

Austausch von Offizieren des deutschen Landheeres und der Marine. Mit Rücksicht auf die durch die Neuorganisation von Heer und Flotte an diese herantretenden